

## GASTKOMMENTAR

## Konflikte sind notwendig

► EVA-MARIA FABER über Zusammenhalt und Auseinandersetzung in der römisch-katholischen und reformierten Kirche.

Die Reformierte Kirche in Chur und Graubünden feiert ihre Ursprünge: Vor 500 Jahren, seit dem Jahr 1523, führte der neue Pfarrer der Martinskirche, Johannes Comander, reformatorische Anliegen und Praxisformen ein. Die Römisch-katholische Kirche tut gut daran, diese Vorgänge auch als Teil ihrer selbst anzusehen – nicht um den Reformierten ihre Geschichte wegzunehmen, sondern um daraus zu lernen. Historisch gesehen gehören die damaligen Ereignisse ohnehin noch in eine gemeinsame Geschichte. Dass es eine Konfliktgeschichte wurde, ändert nichts an der damaligen Zusammengehörigkeit.

Auseinandersetzungen und Konflikte sind notwendig; sie gehören zum Alltag von Gemeinschaften und Organisationen hinzu. Gewiss können Konflikte auch zu einem Bruch führen. Dies gilt allerdings in besonderer Weise für unbearbeitete Konflikte und die fehlende Bereitschaft, sich ihnen zu stellen. Aus diesem Grund trägt die Römisch-katholische Kirche einen grossen Anteil daran, dass die Auseinandersetzungen in der Reformationszeit langfristig nicht gemeinsam lösbar waren.

Im Rückblick auf die damalige Zeit tritt vor Augen, wie schwierig es damals war und heute ist, Zusammenhalt und Auseinandersetzungen zu verbinden. So schwierig dies ist, so wichtig ist es. Eine gemeinsame und gedeihliche Zukunft von Menschen und Gruppierungen hängt daran, dass der Austausch über unterschiedliche und manchmal auch kontroverse Anliegen und Positionen gelingt.

Ein Versuch, die damaligen Auseinandersetzungen auszutragen, waren öffentliche Gespräche über die Konfliktthemen. Sie wurden von der politischen Obrigkeit einberufen, da kirchliche Konflikte damals immer auch gesellschaftliche Konflikte waren. Für das vom Zürcher Rat einberufene Gespräch im Jahr 1523 wählte Huldrych Zwingli die Bezeichnung «Disputation». Die in Graubünden massgebliche Disputation fand im Jahr 1526 in Ilanz statt.

Solche Disputationen waren in der mittelalterlichen akademischen Welt üblich. Hier scheute man den Streit keineswegs – das Mittelalter war weniger dunkel, als es sein heutiger Ruf will. Es kannte Vielfalt, und es kannte gepflegte Auseinandersetzung. Die Disputationen dienten als akademische Streitgespräche der manchmal spielerischen, manchmal ernsthaften kritisch-konfrontativen Sichtung von Argumentationen. Eben dies sollte nun aber bei öffentlichen Disputationen geschehen, wie sie in Zürich, Ilanz und anderswo in der Schweiz stattfanden. Es sollten also nicht Eliten unter sich diskutieren, sondern alle sollten sich ein Urteil bilden können. Und es ging nun nicht (nur) um den Streit über Theorien, sondern um die Praxis vor Ort.

Die damals «altgläubige» Seite tat sich schwer, sich auf die vor Ort eingeleiteten Prozesse einzulassen. Denn diese bewegten sich in den Augen der bischöflichen Vertreter zu sehr jenseits der geltenden kirchenrechtlichen Strukturen. In der Folge fand auf den Disputationen – so könnte man pointiert sagen – nicht zu viel, sondern zu wenig Auseinandersetzung statt.

Die Römisch-katholische Kirche befindet sich heute diözesan und weltweit in einem «Synodalen Prozess». Dieser soll dazu dienen, kirchliche Entscheidungen besser an die Mitwirkung möglichst vieler zurückzubinden. Dieser «Synodale

Prozess» mit der griechischen

Vorsilbe «syn» (mit) betont das Miteinander. Aber auch er wird um Auseinandersetzungen nicht herumkommen. Die Reformierten Kirchen haben nach und aus den Disputationen ihre synodalen Strukturen entwickelt, in denen sie ihrerseits bei aller reformiert gewohnten Pluralität um gemeinsame Wege ringen. Beide Kirchen sollten sich gegenseitig an ihren Erfahrungen der Spannung von Zusammenhalt und Auseinandersetzung Anteil geben.

EVA-MARIA FABER, Professorin für Dogmatik und Fundamentaltheologie und Rektorin an der Theologischen Hochschule Chur.

## LICHTBLICK Uschi Brüesch, Sarn

## Paradiesischer Lag Miert ob Rothenbrunnen



## GASTKOMMENTAR Luigi Menghini über Mehrsprachigkeit

## Von Babel bis Pfingsten – auch in der Sprachenförderung

Es gibt zwei starke biblische Metaphern für die Mehrsprachigkeit. Die erste, aus dem Alten Testament, ist diejenige von Babel, dem Namen der Stadt, deren Bewohner Gott trotzen wollten, indem sie einen Turm bauten, der bis zum Himmel reichte, und dann bestraft wurden, indem Gott sie alle verschiedene Sprachen sprechen liess, sodass sie einander nicht mehr verstehen konnten. Die sprachliche Verwirrung hat auch in unseren modernen Sprachen Einzug gehalten. Im Italienischen ist Babel zu einem Synonym für Verwirrung und Unordnung geworden, ebenso im Französischen, im Deutschen ist es abwertend, im Englischen ist es eine verworrene Mischung von Lauten oder Stimmen. Eine der Anwendungen für das Erlernen mehrerer Sprachen mit mehreren Nutzern, die es seit 2007 gibt, leiht sich diesen Namen, und zwar auf eine positive Art und Weise.

Wenn mehr als eine Sprache in einem Gebiet koexistieren, entscheiden wir uns in unserer westlichen Gesellschaft dafür, dies mit Gesetzen zu regeln, angefangen bei der Verfassung über Gesetze, Verordnungen, interne Regelungen der öffentlichen Verwaltung oder privater Unternehmen. Dies ist auch der Fall der Mehrsprachigkeit in Graubünden, die durch die Verfassung, durch Bundes- (seit 2007) und Kantongesetze (seit 2006) gestützt und finanziell üppig unterstützt wird.

Und genau an diesem Punkt ist es wohl notwendig, ein System zu implementieren, das es dem Subventionsgeber ermöglicht, die korrekte Verwendung der eingesetzten Ressourcen zu überwachen. Konkret, und hier kommen wir zur Aktualität, hat die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) im März dieses Jahres einen Bericht über die Sprachenförderung des Bundesamts für Kultur veröffentlicht; es geht um die Verwendung von Ressourcen, die bei den mehrsprachigen Kantonen landen, die ihrerseits nachweisen müssen, ob die gewährten Subventionen korrekt eingesetzt werden.

Für den Kanton Graubünden bedeutet dies, dass die Ressourcen für die Förderung des Romanischen und des Italienischen eingesetzt werden müssen. Das Bundesamt für Kultur hatte im Jahr 2019 das Zentrum für Demokratie Aarau beauftragt, die Massnahmen zur Sicherung und Förderung der romanischen und italienischen Sprache und Kultur zu evaluieren. Daraus resultierten unter anderem vier Empfehlungen, darunter die «Förderung der Sprachkompetenz innerhalb der kantonalen Verwaltung, um die Kommunikation in allen drei Landessprachen zu gewährleisten und keine Diskriminierung zu schaffen». Im Oktober 2020 veröffentlichte der Kan-

ton darauf ein Kompendium mit «Massnahmen zur kontinuierlichen Stärkung der Sprachförderung in den kommenden Jahren».

In ihrer Evaluation betont die EFK, dass mehr Gewicht auf die strategischen Prioritäten der Sprachförderung und nicht auf die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanton gelegt werden sollte, damit «für jeden der finanzierten Bereiche die Wirkungen und erwarteten Auswirkungen der Fördermit-

staatlichen Förderung der Mehrsprachigkeit ist. Vielleicht betrachten wir die ganze Frage der Mehrsprachigkeit aus der alttestamentarischen, babylonischen Perspektive, die im Vorhandensein mehrerer Sprachen vor allem «Verwirrung und Unordnung» und damit die Notwendigkeit sieht, Gesetze zu definieren und dann minutiöse Kontrollsysteme einzurichten, anstatt die zweite biblische Metapher zu erfassen, diejenige aus dem Neuen Testament, an die wir vor einigen

Tagen erinnern haben: diejenige von Pfingsten, bei der das göttliche Eingreifen allen die Macht gab, verschiedene Sprachen zu sprechen, damit alle die Botschaft verstehen konnten.

Darin liegt der sprachliche Reichtum, den wir auch in unserem Kanton erleben, indem wir ein und dieselbe Sache aus verschiedenen sprachlichen Perspektiven sehen und auf diese Weise besser verstehen können. Aus diesem Grund lohnt es sich, in die Kenntnis von Sprachen zu investieren und nicht alle in eine Sprache zu zwingen. Der kulturelle Reichtum Graubündens liegt gerade in der Fähigkeit, die Welt aus verschiedenen sprachlichen Perspektiven zu betrachten. Es lohnt sich also, in das Erlernen unserer Sprachen zu investieren: Wir werden die Welt besser verstehen.

LUIGI MENGHINI ist Linguist, Dozent und Mitglied Pro Grigioni Italiano.



«Es lohnt sich, in das Erlernen unserer Sprachen zu investieren.»

tel definiert werden. Die gesetzten Ziele und Indikatoren sollen dann in die künftigen Leistungsaufträge einfließen».

Will man dieser Empfehlung in unserem Kanton Folge leisten, sollten die 80 von der Regierung vorgeschlagenen Massnahmen zur Förderung der Sprachen mit messbaren Indikatoren und Zielen ergänzt werden, damit ersichtlich wird, ob die getroffenen Massnahmen positive Auswirkungen haben oder nicht. Auch die Verantwortlichkeiten innerhalb der Verwaltung, das Reporting und die Finanzen sollten klar geregelt sein.

Auch der aufmerksame Leser wird inzwischen erkannt haben, wie verworren das System der